



Indien startet durch - gegen NGOs und Kleinbauern

Ein Kommentar von Dominik Müller

Wer in den vergangenen Wochen Berichte über Indien in den Wirtschaftsblättern und -Redaktionen der Presse verfolgte, stieß auf unzählige Beiträge, die voll des Lobes waren ob der Schritte der neuen Regierung, Indien wieder zu einem wichtigen Investitionsstandort zu machen. „Indien startet durch“ titelte die Wirtschaftswoche und Börsenportale im Internet sondierten, welche Aktien „von der Liberalisierung Indiens profitieren können“. Privatisierung, Subventionsabbau und einer „Industrialisierung ländlicher Gebiete“ wird dabei offen das Wort geredet. Das ist die übliche neoliberale Leier, der die indische Volkspartei BJP und ihr umstrittener Premierminister Narendra Modi schon im Wahlkampf Vorschub geleistet haben. Bemerkenswert ist, dass als Hindernis dafür der Inlandsgeheimdienst nun ausgerechnet Nichtregierungsorganisationen (NGOs) ausmacht.

3,5 Millionen NGOs gibt es in Indien, 43.000 beziehen Gelder aus dem Ausland und müssen ihre Konten beim Innenministerium registrieren lassen. Schon die alte Regierung, die bis Mitte Mai im Amt war, hat das Gesetz zur Registrierung für politische Zwecke genutzt: Sie ließ die Konten von NGOs sperren und hat auf diesem Wege versucht, Anti-Atom-Aktivitäten finanziell auszubluten.

Anfang Juni erschien der neue Bericht des Geheimdienstes, der vielen NGOs und Repräsentanten sozialer Bewegungen vorwirft, direkt dafür verantwortlich zu sein, dass die in-

dische Wirtschaft um zwei bis drei Prozent weniger wachse, als sie könnte. NGOs, die mit Geldern aus den USA, Großbritannien, Deutschland und den Niederlanden finanziert werden, würden „ein Umfeld schaffen, das Entwicklungsprojekte abwürgt“. Aufgezählt sind u.a. Greenpeace, der indische Zusammenschluss von Anti-AKW Initiativen und Amnesty International. Einschließlich der nur in Indien tätigen NGOs handelt es sich ausnahmslos um solche Organisationen, die sich für die Rechte von benachteiligten Bevölkerungsgruppen einsetzen. Sie verteidigen z.B. Kleinbauern gegen die Begehrlichkeiten von Saatgutkonzernen wie BASF oder Monsanto oder gegen die Landnahme für industrielle Großprojekte bzw. gegen die brachiale Gewalt, die ihnen angetan wird, um sie von ihren Äckern zu vertreiben. Dollar, Euro und Pfund sind also gut, wenn sie von Konzernen investiert werden, aber schlecht, wenn sie an Nichtregierungsorganisationen fließen.

In Indien hat der Bericht zu einem empörten Aufschrei auch in den Medien geführt. „Widerworte sind nun kriminell“, „Rede von Rechten und werde Staatsfeind“, „Wie Indien seine NGOs behandelt“, „Von der Tragweite des Widerspruchs in einer Demokratie“, lauteten die zum Teil ironischen Schlagzeilen. Das hat die indische Regierung nicht davon abgehalten, auf Grundlage des Geheimdienstberichts Anfang Juli Gelder von Greenpeace einzufrieren. In den Wirtschaftsblättern der hiesigen Presse ist das kein Thema. Offenbar soll das Bild vom schönen, neuen

Indien nicht getrübt werden. Denn Menschenrechte und Umweltschutz müssen hinten anstehen, wenn es um die Wirtschaftsinteressen von Investoren geht. Auch in der „Größten Demokratie der Welt“.

Der Bericht ist nur der Vorbote für die kommenden Kämpfe, denen vor allem der Interessengegensatz zwischen Konzernen und der Landbevölkerung, die bis heute die Mehrheit in Indien stellt, zugrunde liegt. „Modi plant, die Landgesetze zu überarbeiten, um Indiens Entwicklung anzukurbeln“, schrieb die Financial Times vor wenigen Tagen. Erst im August vergangenen Jahres hatte die alte Regierung das aus der Kolonialzeit stammende Gesetz neu geschrieben, damit die Position der Kleinbauern gestärkt und ihnen Umsiedlung, Umschulung und höhere Kompensationszahlungen für Grund und Boden zugesichert. Außerdem müssen dem neuen Gesetz zu Folge achtzig Prozent der ansässigen Bevölkerung einem geplanten Industrieprojekt zustimmen, bevor es gebaut werden kann. Auch die BJP hatte vor einem Jahr für das Gesetz gestimmt.

Investoren machen jetzt Druck und erinnern Modi an sein Versprechen, ein „marktfreundliches Umfeld“ zu schaffen. Unter dem neuen Gesetz sei es „unmöglich, Land zu erwerben, wenn es lokalen Widerstand gibt, und sollte der Erwerb doch möglich sein, steigen die Preise auf ein Niveau, das wir uns nicht leisten können“.

Nitin Gadkari, Minister für ländliche Entwicklung, hat den Investoren zugesichert, das Gesetz zu überarbeiten. „Wir sind fest entschlossen, dass die Industrialisierung wieder die Fahrt aufnimmt, die sie unter der alten Regierung verloren hat“, so Gadkari. Land ist eine sehr kostbare Ressource, die Millionen von Inderinnen und Indern für ihren Lebensunterhalt brauchen, indem sie z.B. für den Eigenkonsum anbauen. Ihr Widerstand gegen Landnahmen durch die Industrie wird, so steht zu befürchten, künftig ebenfalls als „entwicklungsfeindlich“ gebrandmarkt werden.

Über den Autor: *Der Journalist Dominik Müller ist Autor des gerade erschienenen Buches „Indien: Die größte Demokratie der Welt? Marktmacht - Hindunationalismus - Widerstand“. Verlag Assoziation A, 2014*

Impressum:

Stiftung Asienhaus | Hohenzollernring 52 |
50672 Köln | www.asienhaus.de

Verantwortlich: Monika Schlicher
Kontakt: monika.schlicher@asienhaus.de